

12. April 2013

Stellungnahme zur Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel Schleswig-Holstein/Süddänemark

Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 18/433

Unter Hinweis auf das Schreiben des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 7. März 2013 dankt Sydslesvigsk Forening (SSF) als Kulturträger der dänischen Minderheit für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Einsatz einer Meldung der Region Schleswig-Holstein/Süddänemark zum "Europäischen Kultur-Siegel" als Modellregion für die Minderheitenpolitik in Europa.

Der SSF sieht in der Initiative zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes einen positiven Beitrag zur Anerkennung von kultureller Vielfalt. Im Lichte des UNESCO-Übereinkommens von 2003 zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes ist es lobenswert, dass auf europäischer Ebene die Initiative zur Umsetzung der Zielvorgabe des Übereinkommens in Form eines Europäischen Kulturerbe-Siegels ergriffen worden ist. Und weil Schleswig-Holstein und Süddänemark historisch wie kulturell ein Musterbeispiel für friedliche Koexistenz zwischen Mehrheit und nationaler Minderheit darstellen, ist es naheliegend, die Anerkennung der Region als Modell für eine konstruktive Minderheitenpolitik zu beantragen.

Wir stimmen darin überein, dass ein integriertes Europa auch eine Frage der Anerkennung und Förderung von nationalen Minderheiten ist. Die positive minderheitenpolitische Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 - sollte als Inspirationsquelle beim Lösen von Minderheitenkonflikten in Europa dienen. Um diese Perspektive zu stärken, fordert der SSF den Europaausschuss auf, den Bedarf für einen gezielten europäischen Einsatz explizit zu unterstreichen. Auch könnte Schleswig-Holstein diese Bestrebungen dadurch fördern, dass das Land die Kooperation mit der europäischen Minderheitenorganisation FUEV mit Sitz in Flensburg intensiviert.

Das Bewahren und Anwenden der dänischen Sprache sowie die kulturelle und identitätsmäßige Entfaltung sind grundlegende Voraussetzungen für die Existenz der dänischen Minderheit. Daher ist die Initiative des Europaausschusses kulturpolitisch richtig. Minderheitenpolitisch gewinkelt ist es jedoch unumgänglich festzuschreiben, dass Minderheitenpolitik stets eine Frage der Sicherung der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen ist und zwar in Gestalt politischer und finanzieller Gleichstellung. Die Erfüllung dieser Bedingungen bzw. Rechte ist genau genommen die Voraussetzung für immaterielle Entfaltung. Es ist daher dem SSF ein Bedürfnis festzuhalten, dass allgemeine Kulturpolitik nicht mit aktiver Minderheitenpolitik verwechselt werden darf. In den Jahren 2011 und 2012 erlitt die ansonsten in Schleswig-Holstein vorbildliche Minderheitenpolitik durch die Kürzungen der Mittel für die dänischen Minderheitenschulen bekanntlich einen Rückschlag.

Für den SSF ist es wesentlich, dass die Initiative alle nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland umfasst; das heißt auch die Friesen und die Sinti & Roma. Die Auflistung

historischer Stätten und Einrichtungen in dem Entwurf der CDU ist ausgezeichnet, jedoch sollte auch das FUEV-Sekretariat in Flensburg Erwähnung finden.

Der SSF appelliert abschließend an den Europaausschuss, die Initiative mit eventuellen Plänen um eine besondere Anerkennung des immateriellen Weltkulturerbes an der Nordseeregion zu koordinieren. In der Nordseeregion gibt es eine einmalige Sprachenvielfalt, die eine Einstufung als immaterielles Weltkulturerbe rechtfertigen würde.

Sydslesvigsk Forening e.V.
Dansk Generalsekretariat
Norderstr. 76
24939 Flensburg
tlf. +49 461 144 08 110
mobil +49 171 4755 280
e-mail: jac@syfo.de